

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Hajo Hoffmann MdB (Saarbrücken) kommentiert den Umgang von Kapitaleseite und Regierung mit den Arbeitnehmern der Arbed-Saarstahl: Ein bundesweites Signal. Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, zur Sozialpolitik der Unions-Parteien: George schwingt die Sense, Blüm führt die Sichel. Seite 5

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, macht notwendige Anmerkungen zu einem Produkt des Bundespresseamtes: Des-"Informationen für Arbeitnehmer". Seite 6

Dokumentation

Professor Dr. Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, spricht bei der Eröffnung der Ausstellung "Die Vergangenheit mahnt" in der Hessischen Landesvertretung am 9. November über die dreifache historische Bedeutung dieses Tages. Seite 8

38. Jahrgang / 215

9. November 1983

Das Lehrstück Arbed-Saarstahl

Der Umgang mit den Arbeitnehmern dieses Unternehmens ist ein bundesweites Signal

Von Hajo Hoffmann MdB (Saarbrücken)

Die Bundesregierung hat einen Erfolg zu verzeichnen.

Im Verteilungskampf um Einkommen und in der Auseinandersetzung um die Entwicklung der Demokratie ist sie zwei Schritte weiter voran gekommen: Im Verein mit der saarländischen Landesregierung und im Interesse der Kapitaleseite hat sie einen Einbruch in den materiellen Lebensstandard von mehreren Tausend Arbeitnehmern durchgesetzt und gleichzeitig die Tür geöffnet für eine gesellschaftliche Wende weg vom Interessenausgleich der gesellschaftlichen Gruppen in Richtung eines Stände-Staats.

Arbed-Saarstahl ist kein lokaler Zwischenfall, sondern ein bundesweites Signal.

Beweis

Die folgende Faktenkette gilt als exemplarisch. Sie wird sich nach dem Willen der Bundesregierung und der Unternehmerverbände in allen Krisensektoren der bundesdeutschen Wirtschaft nachvollziehen, wenn sie nicht schon - wie am Beispiel der Werften - schon nachweisen läßt.

Ausgangslage:

Eine Branche (hier: Stahl) gerät in eine Überlebenskrise. Die Ursachen sind vielfältig: Weltmarktentwicklung, eigenverursachte Überkapazitäten, Abzug der früher erwirtschafteten Gewinne in anderen Sektoren (hier: Röchling investiert in Rüstungsindustrie Rheinmetall) und damit überalterte Produktionsstrukturen, Spekulation (hier: Mabanaft-Gruppe versuchte in Neunkirchen kurzfristigen Reibach zu machen), Betrug (hier: Stumm-Neunkirchen macht betrügerischen Bankrott), politische Steuerungsunfähigkeit (hier: saarländische Landesregierung trägt traditionell Sprechzettel vor, die in den Chefetagen der Industrie formuliert wurden).



Krisenmanagement:

Nachdem eine sinnvolle und verantwortliche Strategie zur Bewältigung der Krise von den betroffenen Kapitalgruppen nicht erarbeitet wird (hier: unter anderem zieht sich Otto Wolf von Amerongen nach Erhalt von Subventionen aus Neunkirchen heraus und erklärt anschließend, es sei Unsinn, dort weiter zu subventionieren), erschallt der Ruf an den Staat. Er soll helfen, aber nur Geld zur Verfügung stellen, nicht etwa auf der Kapitalseite mitbestimmen. Die öffentliche Hand (hier: Bund und Saarland) steigen in die Subventionierung ein.

Krisenzuspitzung:

Der ruinöse staatlich finanzierte Wettbewerb der Nachbarstaaten (hier: bis etwa 200 DM Subvention je Tonne Stahl in Frankreich, Großbritannien, Italien...) und die weitere internationale Verschlechterung des Stahlmarkts führen zu einer dramatischen Zuspitzung der Krise. Selbst eine technische Rundumerneuerung, die der Staat finanziert (hier: neues Blasstahlwerk in Völklingen, Modernisierung der Walzstraßen, Roheisenphase wird in Dillingen gebaut, Zentralkokerei auf dem neuesten Stand der Technik...), bringt keine Wettbewerbsgleichheit. Der Zusammenbruch kann nur aufgehalten werden durch erneute massive Subventionen.

November 1983

Arbed-Saarstahl befindet sich erneut vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Öffentliche Finanzzuschüsse (für 1983 waren 560 Millionen DM zugesagt; dazu sollen weitere 86 Millionen DM kommen/für 1984 sind 221 Millionen DM in Verhandlung/für 1985 geht es um 125 Millionen DM) werden von Bundes- und saarländischer Landesregierung davon abhängig gemacht, daß die Arbeitnehmer von Arbed-Saarstahl einen "Solidaritätsbeitrag" bringen. Dazu muß an folgende Arbeitnehmer-Opfer erinnert werden: Übertarifliche Bestandteile wurden aufgelöst, Sonderschichten und Überstunden gibt es nicht mehr, der Härteausgleich bei Kurzarbeit wurde gestrichen, die Hälfte des 13. Monatslohns wurde dem Unternehmen gestundet. Damit beträgt der aktuelle Durchschnitts-Nettolohn eines ungelernten Arbeiters DM 1.320 und der entsprechende Betrag für einen gelernten Arbeiter (ohne Zusatzqualifikation) DM 1.650 monatlich. Drei Viertel der jetzt angesprochenen 5.000 Arbeitnehmer befinden sich in diesen zwei Lohnkategorien.

7. November 1983

Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff stellt (in Absprache mit der saarländischen Landesregierung) dem Gesamtbetriebsrat von Arbed-Saarstahl ein Ultimatum bis 8. November 1983/12.00 Uhr, entweder den Vorschlag von Bundes- und Landesregierung nach Einführung eines Sozialplans für die 50- bis 55jährigen Arbeitnehmer auf der Basis von 82 Prozent des Monatsnettolohns zu akzeptieren oder den Zusammenbruch von Arbed-Saarstahl zu riskieren. ("Leben oder Tod") Die letzten abgeschlossenen Sozialpläne gehen von 90 Prozent des Monatsnettolohns aus (was unter der Berücksichtigung des Weihnachtsgelds und des Urlaubsgelds, das in diese Berechnung nicht eingeht, etwa 81 Prozent des Jahresnettolohns ausmacht). Alle bisherigen laufenden Sozialpläne sollen laut Bundesregierung gekündigt und auf die Basis von 82 Prozent des Monatsnettolohns gestellt werden. Das wird von Arbeitnehmerseite abgelehnt. Während Bundesrat und IGM für die neuen Sozialpläne ebenfalls 90 Prozent des Nettomonatslohns fordern, verlangen Bundes- und Landesregierung die Monatsbasis von 82 Prozent (was, am Jahresnettolohn gemessen, einen Anteil von etwa 73 Prozent ergibt). Das bedeutet:

a/ für den ungelernten Arbeiter	netto 100 Prozent	=	1.320	DM
	90 Prozent	=	1.188	DM
	82 Prozent	=	1.082	DM
b/ für den gelernten Arbeiter (ohne Zusatzqualifikation)	netto 100 Prozent	=	1.650	DM
	90 Prozent	=	1.485	DM
	82 Prozent	=	1.353	DM
c/ höher verdienender Tarif-Angestellter	netto 100 Prozent	=	2.679	DM
	90 Prozent	=	2.411	DM
	82 Prozent	=	2.197	DM

Außerdem verlangen die beiden Regierungen einen zusätzlich beschleunigten Personal-Abbau, so daß bereits Ende 1985 die Arbeitsplatzzahl von unter 12.000 (heute 17.200) und damit eine Halbierung der Arbeitsplätze seit 1980 erreicht wird.

Gleichzeitig soll Kurzarbeit im bisherigen Volumen (eine Woche monatlich) durchgeführt werden. Ein Härteausgleich wird nicht bezahlt.

Die Regierungen fordern den Ausstieg von Arbed-Saarstahl aus dem Arbeitgeberverband. Durch dann mögliche Haustarife soll für die drei kommenden Lohnjahre jeweils ein Verzicht auf Lohnzuwachs (Nullrunden) durchgesetzt werden. Das wird von der IGM strikt abgelehnt.

Nacht-Entscheidungen 7./8. November 1983

Das von der Arbeitgeberseite beantragte Einigungsstellenverfahren (nach Betriebsverfassungsgesetz) kommt zu dem Ergebnis, die Forderung von Bundes- und saarländischer Landesregierung nach 82 Prozent-Sozialplänen mehrheitlich anzunehmen. Vor Beginn des Verfahrens hat die IGM festgestellt, sie halte an ihren Positionen fest, werde sich aber einem mehrheitlichen Votum der Einigungsstelle nicht widersetzen.

Die Einigungsstelle wurde von neun Personen gebildet: Die Vorsitzende des Landesarbeitsamts, die drei Betriebsvorsitzenden von Burbach, Völklingen und Neunkirchen, der IGM-Vertreter, drei Vorstands-/Geschäftsführungsmitglieder von Arbed-Saarstahl, der Arbeitgeberverband-Repräsentant. Die Abstimmung endete fünf zu vier für den Vorschlag der Bundes- und Landesregierung.

Per Einschreiben wird bereits der erste Teil bisher bereits vereinbarter Sozialpläne gekündigt. Dies betrifft die Arbeitnehmer der Jahrgänge 1928/29/30. Von diesen ab 55 Jahren und älteren Arbeitnehmern sind die des Jahrgangs 1928 (etwa 1.300) fast alle bereits ausgeschieden. Von ihnen wird nun verlangt, auf das Niveau 82 Prozent-Sozialplan rückwirkend herunterzugehen. Bund und Land haben bereits deutlich wissen lassen, daß auch alle älteren noch laufenden Sozialpläne entsprechend gekündigt und reduziert werden sollen.

8. November 1983

Nach den Ergebnissen des Einigungsstellenverfahrens erklären Bundes- und saarländische Landesregierung, daß nach rechtsverbindlicher Festlegung auf verminderte Sozialpläne nun die Hürde beseitigt sei und deshalb die Liquidität von Arbed-Saarstahl gesichert werde. Gleichzeitig verkündet Lambsdorff, daß die Geschäftsführung von Arbed-Saarstahl - als Voraussetzung für den Abschluß eines Haustarifvertrages - den Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt und 1984 keinen Tarifvertrag abschließen wird, der über eine Nullrunde hinausgeht.

Analyse

Bundes- und Landesregierung exekutieren einen Stufenplan:

1. neue Sozialpläne sollen nur noch auf niedrigerem Niveau abgeschlossen werden
2. die laufenden alten Sozialpläne sollen nachträglich abgesenkt werden
3. das Lohnniveau der verbleibenden aktiven Arbeitnehmer soll gesenkt werden
4. dazu sollen die Krisen-Unternehmen aus den allgemeinen Tarifverträgen ausscheiden (zwecks Haustarifen).

Wertung

1. Das gesamte Vorgehen der beiden Regierungen spricht einem demokratischen Verfahren Hohn. Die Existenzangst der betroffenen Arbeitnehmer wird kalt als Instrument der Erpressung genutzt.



2. Das "Solidaritätsoffer" der Beschäftigten wurde wider besseren Wissen der Regierungen zum entscheidenden Punkt hochstilisiert. Vergleicht man die erpreßte "Einsparung" bei den Sozialplänen mit den bisher geleisteten Subventionen und Bürgschaften, aber auch mit den künftigen öffentlichen Zahlungen, so wird das offenbar:

- Einsparung durch niedrigere Sozialpläne: 54 Millionen DM (aufgeteilt auf die Jahre 1984 bis 1996)
- bisherige Subventionen: 1,3 Milliarden DM
- bisherige Bürgschaften: 1,18 Milliarden DM
- zukünftige Subventionen: etwa 700 Millionen DM.

Damit ist die dramatische Erpressungsaktion völlig unabhängig von der Überlebensfrage von Arbed-Saarstahl.

3. Das Signal an die in Krise befindlichen Unternehmen, aus den Unternehmenverbänden auszuschneiden, hat zwei Ziele:

- a/ die langfristige Absenkung der Löhne in diesen Betrieben um etwa ein Fünftel unter die Branchen-Löhne
- b/ die Auflösung der Tarifverhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften und damit der Versuch, die Gewerkschaften in eine Existenzkrise zu treiben - mindestens aber: die Gewerkschaften als Bestandteil der demokratischen Substanz zu schwächen.

4. Das Beispiel Arbed-Saarstahl ist auch Beweis für eine absolute Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung zur Bewältigung der internationalen Stahlkrise.

Fazit:

In dieser aktuellen Auseinandersetzung wird den Arbeitnehmern der Schwarze Peter für die Krise zugeschoben, obwohl sie keine Schuld daran haben und die eigentlichen Leidtragenden und Risikoträger sind.

Die Methoden der beiden Regierungen gleichen nicht denen demokratischer Organisationen, sondern denen von Syndikaten.

Die demokratische Substanz der Bundesrepublik wird geschmälert. (-/9.11.1983/ks/rs)

+ + +



Sozialpolitik nach CDU/CSU-Manier

George schwingt die Sense und Blüm nimmt die Sichel

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der CDU-Abgeordnete Haimo George kann es nicht lassen! Erst im Juli des Jahres hatte er in einem nachträglich zum "Denkanstoß" heruntergestuften Papier detailliert beschrieben, wie er und seine Freunde vom CDU-Wirtschaftsrat sich die Demontage des Sozialstaates im Einzelnen vorstellen. Er stand dabei mit seinen Forderungen ganz in der Tradition des berühmt-berüchtigten "Scheidungs-papieres" von Lambsdorff. Und er fand in Ernst Albrecht einen prominenten Nachahmer, als dieser sechs Wochen später seine zehn Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vorlegte.

Alle drei Papiere zusammengenommen belegen ohne jede taktische Rücksichtnahme und in dankenswerter Offenheit, wie sich die rechtskonservativen und reaktionären Kräfte in unserer Republik die Rückkehr in längst vergangene Zeiten vorstellen, als das freie Spiel der Kräftigen noch ohne jeden sozialpolitischen Zügel wütete.

In diesen Tagen nun hat der "marktwirtschaftliche Sozial-Rebell" (Handelsblatt) George wieder seinem inneren Pyromanen freien Lauf gelassen. Er zündelte wieder einmal am Fundament des Sozialstaates und machte auf einem Mangerseminar in Heidelberg aus seinem Herzen keine Mördergrube: Der soziale Friede sei schließlich auch nur ein Produktionsfaktor unter anderen und dürfe keine "Überpriorität" haben, und der Reallohnzuwachs müsse in den kommenden Jahren unbedingt um fünf bis zehn Prozent gesenkt werden.

Der Manchester-Kapitalist George hat seine Vergangenheit und ideologische Prägung als Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates bis heute nicht abgelegt und auch nicht aus den Reaktionen auf seine "Denkanstöße" gelernt - wie sollte er auch? Daß er dennoch weiterhin Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit deren sozialpolitischer (!) Sprecher sein kann, kann nur Menschen erstaunen, die sich Illusionen hingegeben haben über die wahren Machtverhältnisse in dieser Partei.

Doch auch den Sozialausschüssen der CDU und ihrem Bundesvorsitzenden Norbert Blüm passen Forderungen nach Sozialabbau à la George gut ins Konzept. Sie werden die Gunst der Stunde zu nutzen wissen, indem sie aus den vorliegenden Horror-Katalogen einen Teil in die Tat umsetzen werden, um sich dann als diejenigen feiern zu lassen, die angeblich das Schlimmste verhindert hätten. Schwingt Haimo George die Sense, nehmen Blüm & Co. die Sichel für ihre "Operationen" am Sozialstaat. Dabei sind beide Werkzeuge ungeeignet, und Amputationen bleiben Amputationen unabhängig von der Wahl der Mittel.

Ein abgekartetes und geschmackloses Schauspiel auf dem Rücken der Betroffenen, die wieder einmal schamlos hinter Licht geführt werden sollen. (-/9.11.1983/ks/rs)

+ + +



Des-"Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer"

Notwendige Anmerkungen zu einer PR-Arbeit des Hauses Boenisch

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesregierung hat den Titel ihres Informationsblattes falsch gewählt. Hier wird mehr verschleierte, beschönigt und desinformiert als informiert. Belegt werden soll dies an der Oktoberausgabe (Nr. 90) dieser "Informationen".

In einem weiten Bogen quer durch die verschiedensten Fragen der Politik soll dem deutschen Arbeitnehmer das Menü von Kohl und Co. schmackhaft gemacht werden. In einem ersten Artikel wird zum wiederholten Male der Aufschwung beschworen. Der deutsche Arbeitnehmer soll mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Schaut man genauer hin, so ist festzustellen, daß erhebliche Augenwischerei betrieben wird. Zwar wird anhand einiger Zahlen (Zunahme von Investitionen, minimales Wachstum, Preisentwicklung) eine kurzfristige leichte Erholung der Wirtschaftslage dargestellt. Es wird aber bewußt verschwiegen, daß neuere Umfragen ergeben haben, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen für das kommende Jahr ausgesprochen gering ist, und daß es vor allem Rationalisierungsinvestitionen sind, die geplant werden. Damit stellt sich aber die Frage, ob nach dieser kurzfristigen Erholung eine erneute Krisenverschärfung zu erwarten ist.

Und gerade für die Arbeitnehmer stellt sich die Frage, wie sicher ihre Arbeitsplätze bleiben, ob diese nicht gerade durch das Zusammenfallen von fehlendem Wachstum und bloßen Rationalisierungsinvestitionen erneut gefährdet werden. Auf diese Fragen bleiben die "Informationen für Arbeitnehmer" jede Antwort schuldig. Fast überflüssig noch anzumerken, daß auch in puncto Arbeitszeitverkürzung Fehl- anzeige zu vermelden ist.

Beispiel Nr. 2: Man preist ein "Sonderprogramm Ausbildungsplätze" an. So wichtig es ist, daß hier von dieser Regierung erstmalig Schritte eingeleitet werden - es wird so getan, als hätte es die monatelange Verharmlosung des Problems durch den Kanzler und die Ressortminister nicht gegeben. Und so entdeckt man eben, "daß die Zahl der Lehrstellenbewerber sehr viel höher liegt als noch im Frühjahr dieses Jahres erwartet wurde." So einfach ist das. Noch im Frühjahr wurden SPD und Gewerkschaften der Angst- und Panikmache bezichtigt, weil sie auf die Mangelsituation eindringlich hinwiesen. Nun tut man so, als ob die Tatsachen erst heute offensichtlich geworden wären. Vollends makaber wird es, wenn man zwar der Wirtschaft bescheinigt, sie habe ihre Zusage eingehalten, in diesem Jahr circa 685.000 betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten, gleichzeitig aber mit keinem Wort erwähnt, daß der Kanzler seine vollmundige Lehrstellengarantie in keinster Weise eingehalten hat. Es ist schon kurios, lesen zu können, daß die Regierung zugibt, daß es im Oktober Ausbildungsplatzbewerber gab, "die noch keine Stelle erhalten haben". Ein Eingeständnis des Kanzlers aber, der doch angeblich so viel auf Offenheit und Ehrlichkeit hält, daß er wortbrüchig geworden ist, vermißt man bis heute.

Ein Meisterwerk der Verschleierungskunst ist auch der Beitrag zum Problem "neuer Personalausweis". Hätte man doch erwarten können, daß diese Regierung den Arbeitnehmern ihre Position zu den Bedenken darlegt, die unter anderem zu Datenschutz-



gesichtspunkten gegen diese Neuregelung vorgebracht wurden. So heißt es denn auch noch in der Einleitung: "In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Fragen aufgetaucht, die wir an dieser Stelle beantworten." Und die Antwort: Ein Verweis auf die genaue Regelung der Datenschutzbestimmungen in Paragraph 3 und 4, sowie der kernige Schlußsatz: "Der 'gläserne Mensch' ist nicht gewollt." (!) So blauäugig ist wohl selten an einem Problem vorbeigeschrieben worden.

Bundesminister Dr. Schneider erhält dann die Gelegenheit, den Arbeitnehmern das neue Mietrecht näherbringen zu dürfen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß er diese Aufgabe ziemlich geschickt angeht. Indem er es vermeidet darzulegen, wie unter seiner Regie das soziale Mietrecht an verschiedenen Stellen durchlöchert wurde, kann er dann zu sehr allgemeinen, aber gleichermaßen erstaunlichen Schlußfolgerungen kommen. Für ihn haben nämlich Mieter eine umso stärkere Position, je höher das Angebot an Mietwohnungen ist. Da ist natürlich der Gesetzgeber fein raus. Nicht an ihm liegt es, sondern nur an Angebot und Nachfrage.

Staffelmiete, Zeitverträge, Vergleichsmietenveränderungen und so weiter - alles Veränderungen die zu Lasten der Mieter gehen - werden so einfach in ihrer Bedeutung hinwegretuschiert. Hat sich die Situation zu Lasten der Mieter nicht bereits dadurch drastisch verschlechtert, daß als Folge der neuen Mietgesetze die Mieten im ersten Quartal 1983 zehnmal schneller stiegen als die übrigen Lebenshaltungskosten? Der Schluß, den Dr. Schneider zieht, liegt bei seiner Einschätzung natürlich nahe: "Kein vertragstreuer Mieter braucht den Verlust seiner Wohnung zu befürchten." Oder sagen wir es besser andersherum: Der Mieter ist eben im Zweifel immer selber schuld!

Der deutsche Arbeitnehmer soll auch Spaß an den neuen Medien bekommen. Von A bis Z werden Begriffe erläutert. Nachdem zuletzt alle Formen des Video-Einsatzes dran waren, gehts jetzt auch um Bildschirmtext, Verkabelung und Satellitenfernsehen. Alles schön bunt und wohlortiert aufbereitet. Daß es Arbeitnehmer vielleicht interessieren könnte, welche Auswirkungen das alles auf ihre Arbeitsplätze hat, scheint die Autoren nicht zu kümmern. Vergeßlichkeit? Wohl eher Methode. Man suggeriert einfach eine schöne bunte Medienwelt und erwartet, daß die potentiell Betroffenen darauf bauen, daß es die Regierung schon richten wird.

Den krönenden Abschluß bildet ein Beitrag auf der letzten Seite. Zwar findet im ganzen Heft das Problem Arbeitslosigkeit so gut wie nicht statt, aber nun heißt es hier hoffnungsfroh in der Überschrift: "In der Zukunft wieder Arbeitskräftemangel?" Was ist das bloß für eine Reglerung, die sich um die heutigen Probleme der Arbeitnehmer und Arbeitslosen nicht kümmert aber gleichzeitig darauf setzt, daß sich in einigen Jahren alles von selbst bessert?

Die Arbeitnehmer wissen, wo solche Desinformationen hingehören: in den Papierkorb!
(-/9.11.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NDie Vergangenheit mahnt - Die dreifache Bedeutung des 9. November

Professor Dr. Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hält zur Eröffnung der Ausstellung "Die Vergangenheit mahnt" in der hessischen Landesvertretung in Bonn heute abend folgende Ansprache:

Der neunte November, dessen wir heute gedenken, ist ein historisches Datum. Er erinnert an drei schwerwiegende Ereignisse der neueren deutschen Geschichte, die kausal in unmittelbarem Zusammenhang miteinander stehen, so verschieden sie ihrem Inhalt nach sind.

Am 9. November 1918 brach im geschlagenen Deutschland die Revolution aus, wurde die erste deutsche Republik geboren. Der Aufstand der Kieler Matrosen, die Kämpfe in Berlin und München, die Abdankung des Kaisers, die Übergabe der Staatsgewalt an den Rat der Volksbeauftragten unter Friedrich Ebert, vollzogen durch den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, leiteten eine neue Epoche ein: die ersten 14 Jahre parlamentarischer Demokratie in diesem Land.

Um die Erinnerung an diesen "Tag der Schande", wie sie ihn nannten, durch ein politisches Gegenereignis symbolisch für immer auszulöschen, unternahm Hitler und seine Gefolgsleute, die fanatischen Propagandisten der Dolchstoß-Legende, an einem 9. November ihren sogenannten Marsch zur Feldherrnhalle. Der Zeitpunkt war gut gewählt, es war das Krisenjahr 1923, als Ruhrbesetzung, Kämpfe in Sachsen und Inflation die Republik schüttelten. Der Putschversuch scheiterte, Hitler wurde zu Festungshaft verurteilt, schrieb sein Buch "Mein Kampf" und war nach einem Jahr bereits wieder auf freiem Fuß.

Seither feierte die NSDAP das einstmals so verhaßte Datum stolz als eigenen Kampftag, nach 1933 in aller Öffentlichkeit. Auf der Feier dieses Jahrestages, am Vorabend des 9. November 1938, wurde der Plan des Pogroms beschlossen, der noch in derselben Nacht in ganz Deutschland stattfand. Es war der vorläufige Höhepunkt einer sich steigernden antijüdischen Kampagne, die dieses Jahr charakterisiert hatte.

Man erinnere sich: Die Nürnberger Gesetze waren bereits drei Jahre in Kraft. Nun stand die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschafts- und Berufsleben auf dem Programm: die Zwangsanmeldung jüdischen Vermögens, die Kennzeichnung aller jüdischen Gewerbebetriebe, ein Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte, die Ausstellung besonderer Kennkarten, die Einführung jüdischer Vornamen und die Kennzeichnung der Auslandspässe mit einem J.

Das waren nur die ersten Schritte in einem Verfolgungs-feldzug, dessen Ziel es war, den jüdischen Bevölkerungsteil zu entrechten und ihm die Existenzgrundlage zu entziehen. In einer sogenannten "Assozialen-Aktion" wurden alle vorbestraften Bürger jüdischer Herkunft verhaftet, darunter auch jene, die nur eine Ordnungsstrafe wegen eines Verkehrsdelikts erhalten hatten.

Ende Oktober wurden 17.000 nach 1918 in Deutschland eingewanderte Juden, die man zuvor für staatenlos erklärt hatte, aus ihren Wohnungen abgeholt und in Sammeltransporten über die Grenze nach Polen deportiert. Ein junger Mann, dessen Eltern Opfer dieser Gewaltmaßnahmen wurden, erschoss einen deutschen Diplomaten in Paris. Dieses Attentat, selbst nur ein ohnmächtiger Protest gegen die barbarische Politik der Nazis, lieferte diesen nun den willkommenen Vorwand zum offenen Pogrom.

SA, SS und Gestapo im ganzen Reich wurden per Fernschreiber mobilisiert. Der Befehl lautete, alle Synagogen in Brand zu stecken und die jüdischen Geschäfte zu zerstören. Es bestand die strikte Anweisung, die Aktion in Zivil auszuführen. Auf diese Weise sollte die internationale Öffentlichkeit irreführt und vorgetäuscht werden, es handle sich hier um eine spontane Reaktion der deutschen Bevölkerung. An die 300 zerstörte



Tempel und Bethäuser, 7.500 zerstörte Geschäfte, 91 Tote und zahlreiche Schwerverletzte, das war die blutige Bilanz dieser Nacht. 26.000 Menschen wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Darüber hinaus wurde der deutsche Judenheit ein Bußgeld von einer Milliarde Reichsmark auferlegt.

So wie auf den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 eine Massenverhaftung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern gefolgt war, wie nach der Bücherverbrennung vom 10. Mai desselben Jahres eine gigantische Austreibung des freien Geistes begonnen hatte, die Deutschland Tausende seiner besten Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler nahm, so war auch der Pogrom des 9. November nur der Auftakt zu noch weit schlimmeren Verbrechen bis hin zum industrialisierten Massenmord. So läßt der Feuerschein der brennenden Synagogen uns gleichzeitig an die Gaskammern und Krematorien denken, in denen die Verfolgung der Juden Deutschlands und Europas ihre grausige Vollen- dung fand.

Diese Ausstellung konfrontiert uns erneut mit bohrenden und quälenden Fragen. Fragen, die die Älteren in erster Linie an sich selbst richten müssen, Fragen, die uns aber auch Jüngere wieder mit zunehmender Intensität stellen.

Nur wer diese Fragen schonungslos und ehrlich beantwortet, wer die Wurzeln des Nazismus, die Ursachen für seine Machtergreifung und die schrecklichen Folgen für die Menschen und Völker offenlegt, kommt unserer geschichtlichen Verpflichtung nach, alles Mögliche zu tun, damit sich ein Rückfall in den Nazismus und in eine Gwaltherrschaft bei uns nicht wiederholen kann.

Vor einigen Monaten habe ich gegenüber dem Bundeskanzler die Errichtung eines Dokumentations- und Diskussionszentrums über die Jahre der nationalsozialistischen Gwaltherrschaft in der Bundeshauptstadt Bonn angeregt. Ich möchte an dieser Stelle den zahlreichen Persönlichkeiten und Organisationen, die mich in dieser Forderung unterstützen, herzlich danken. Ich hoffe, daß es gelingt, dieses Projekt in gebührender Weise in das Vorhaben einer Sammlung zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einzubringen.

Neonazistische Aktivitäten haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Die Neonazis werden zunehmend militanter. Skrupellose Geschäftemacher bieten NS-Propaganda, oft nur notdürftig als historische Dokumentation getarnt, auf Glanzpapier feil. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit werden nationalsozialistische Greuelthaten verharmlost und wird die Brandmarkung der Vernichtung der Juden als "Auschwitz-Lüge" dif- famiert.

Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte können nur einen Teil der sich hier stellen- den Aufgaben bewältigen. Im Vordergrund muß die politische Auseinandersetzung stehen. Die Information insbesondere der Jugendlichen wird umso wichtiger, je mehr die Zahl der Menschen abnimmt, die das Naziregime noch selbst erlebt haben. Die Bekämpfung rechts- extremistischer und neonazistischer Bestrebungen muß auf allen Ebenen fortgesetzt wer- den. In den Schulen müssen vermehrte Anstrengungen unternommen werden, den Schülern die aus politisch-extremistischen Bestrebungen resultierenden Gefahren klar zu machen, ihr demokratisches Bewußtsein zu stärken.

Hitler wurde besiegt, das Dritte Reich zerschlagen. Aber überall wo man Rassen- und Völ- kerhaß schürt, Polizeiterror oder militärische Gewalt anwendet, um bestehende Macht- und Besitzverhältnisse zu zementieren oder auszubauen, ist sein Ungeist lebendig. Nur eine Welt, die der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und eines Volkes durch das andere ein Ende bereitet, wird vor einem Rückfall in die Nazi- barbarei sicher sein. Deshalb gilt für uns in den inneren wie in den auswärtigen Angele- genheiten noch immer das Vermächtnis Kurt Schumachers als Richtschnur unseres Handelns, "eine Politik durchzusetzen, die eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt".

(-/9.11.1983/bgy/ks/rs)

+ + +

